

Energiekongreß der CDU/ CSU-Bundestagsfraktion am 28. Mai 1999 in Bonn



Wolfgang Schäuble: Nachhaltige Energiepolitik für Deutschland

Rede des Vorsitzenden der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Energiedialog Deutschland

Diskussionspapier der CDU/
CSU-Bundestagsfraktion zur
Energiepolitik in Deutschland

Wolfgang Schäuble:

Nachhaltige Energiepolitik für Deutschland

VOR 12 JAHREN, mit dem Bericht der Brundtland-Kommission für Umwelt und Entwicklung 1987, gewann ein Begriff an Verbreitung, der seither prägend geworden ist, weit über den Bereich von Ökologie und Entwicklungspolitik hinaus: der Begriff der Nachhaltigkeit, der nachhaltigen Entwicklung. Unter nachhaltiger Entwicklung verstand die Brundtland-Kommission eine Entwicklung, „die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen“.

Es geht also um etwas sehr Elementares, Grundsätzliches: Es geht um gerechte Güter- und Lastenverteilung, es geht um die Verteilung von Lebenschancen für gegenwärtige und künftige Generationen. Nachhaltigkeit ist ein ethisch aufgeladener Begriff – das erklärt die ihm innewohnende Überzeugungskraft. Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geliehen – das ist im Kern die Botschaft, die in diesem Begriff steckt.

Nachhaltige Entwicklung – das ist eine Entwicklung, die nicht irgendwann

zu Ende geht, weil sie sich ihrer eigenen Voraussetzungen beraubt, sich selbst zerstört. Sondern eine Entwicklung, die sich laufend selbst erneuert, dadurch dauerhaft, selbsttragend, selbstregulierend wird. So wie man einen Wald bewirtschaftet über Generationen – kein Raubbau und kein Kahlschlag, sondern nur das Notwendige einschlagen und immer wieder aufforsten.

Rede des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, auf dem Energiekongreß der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 28. Mai in Bonn

Das hat viel mit Verantwortung zu tun. Im Leitbild der nachhaltigen Entwicklung ist immer der Vorrang des Langfristigen vor dem Kurzfristigen, des Allgemeinnutzens vor dem Eigennutz, der Solidarität vor dem Egoismus mitangelegt.

Nachhaltigkeit – das bedeutet Versöhnung von Ökonomie und Ökologie. Versöhnung von wirtschaftlichem

Wachstum, steigendem Wohlstand – auch in den Ländern der Dritten Welt – mit dem Schutz der Umwelt und der natürlichen Ressourcen. Nutzung von Rohstoffen und Energie so, daß eine wachsende Weltbevölkerung und zukünftige Generationen dieser Weltbevölkerung ihre wirtschaftlichen Erwartungen erfüllen können, in den Industrieländern ebenso wie in den Entwicklungsländern, ohne damit die Funktion unserer Ökosysteme zu gefährden.

Für Herman Daly, einen Ökonomen der Weltbank, folgen aus diesem Leitbild zwingend drei Verhaltensregeln:

- Die Nutzung nicht-erneuerbarer Ressourcen wie Kohle, Öl, Gas darf auf Dauer nur in dem Maße erfolgen, wie gleichwertiger Ersatz geschaffen oder die Ressourcenproduktivität verbessert wird. Also: Effizienzsteigerung, Substitution, ein insgesamt sparsamer Verbrauch.
- Die Nutzung erneuerbarer Ressourcen wie z.B. Biomasse darf auf Dauer nicht größer sein als ihre Regenerationsrate.
- Schadstoffe dürfen nur in umweltverträglichem Maße freigesetzt werden.

Auf einen simplen Nenner gebracht: Nachhaltige Energiepolitik ist eine Energiepolitik, die jedenfalls auf lange Sicht und in Zukunft nicht mehr verbraucht, als anderweitig ersetzt wer-

den kann. Wir können nicht das, was in Hunderten von Jahrmillionen durch Photosynthese energiereicher Kohlenwasserstoffverbindungen als fossile Energieträger angesammelt worden ist, in wenigen Generationen verheizen, ohne uns auch nur zu fragen, was eigentlich danach kommen soll. Denn daß die fossilen Energieträger endlich sind, daran zweifelt trotz der Fehlprognosen des Club of Rome eigentlich niemand.

EINE SOLCHE NACHHALTIGE

Energiepolitik muß eine globale Energiepolitik sein, das scheint mir zwingend. Die westlichen Industrieländer haben in puncto Nachhaltigkeit durchaus Erfolge vorzuweisen. Seit 1970 konnte ein real um mehr als die Hälfte höheres Bruttoinlandsprodukt mit einem in etwa gleichbleibenden Einsatz an Energie erwirtschaftet werden. In der Industrie ist der spezifische Energieverbrauch zwischen 1950 und 1973 um 46% gesunken, von 1973 bis heute noch einmal um über 40%. Und zumal in Deutschland kann bereits von einem nachhaltigen Energieverbrauch gesprochen werden: Seriösen Schätzungen zufolge wird unser Primärenergieverbrauch in den nächsten Jahrzehnten trotz Wirtschaftswachstum zurückgehen in Größenordnungen zwischen 5 und 10%.

Ganz anders die Situation weltweit. Der Weltenergiebedarf hat sich in den letzten drei Jahrzehnten glatt

verdoppelt. Und der Weltenergiearat erwartet bis zum Jahr 2020 eine weitere Steigerung von 40%, andere Prognosen sprechen gar von 75%. Zu zwei Dritteln findet dieser Zuwachs in den Staaten Asiens, Südamerikas und Afrikas statt, was eine dramatische Verschiebung der Gewichte mit sich bringen wird, denn gegenwärtig verbraucht ein Viertel der Weltbevölkerung in den Industrieländern noch drei Viertel des weltweiten Energieaufkommens.

Nun wird zweifellos niemand von den ärmsten Ländern dieser Erde erwarten wollen, daß sie sich weiter mit ihrem geringen Lebensstandard begnügen, nur damit der globale Energieverbrauch insgesamt und die damit verbundene Umweltbelastung nicht noch weiter ansteigen. Insofern mutet mich die Art und Weise, wie wir in Deutschland die Energiediskussion führen, schon etwas seltsam an. Sicher: Wenn sich weltweit alle auch in Zukunft weiter so verhalten wie bisher – dann können wir es uns leisten, aus allen irgendwie risikoträchtigen Energiearten unbekümmert auszusteißen, dann können wir weiter die Kohle an der Ruhr mit 200 DM pro Tonne subventionieren, dann kommt das Öl weiter in beliebiger Menge zum gewohnten Preis. Aber auch nur dann. Wenn dagegen auch nur jeder zehnte Einwohner bspw. Chinas auf die Idee käme, soviel Auto fahren zu wollen wie wir oder soviel Energie pro Kopf zu verbrauchen

wie wir, dann wäre die Umweltkatastrophe unausweichlich.

Von der sog. Dritten Welt machen wir uns häufig ein falsches, zumindest einseitiges Bild. Viele Entwicklungsländer verfügen über ein beachtliches Wachstumspotential. Die Weltbank schätzt, daß das Wirtschaftswachstum in der Dritten Welt bis zum Jahr 2020 im Durchschnitt 5 bis 6% im Jahr betragen könnte, was mittelfristig den Anteil der Entwicklungsländer an der Weltproduktion glatt verdoppeln würde. Das bedeutet, daß auch der Energiebedarf gerade in den schwächer entwickelten Regionen dieser Erde ständig steigen wird, mit geschätzten Wachstumsraten von rund 3% jährlich. Und das wiederum bedeutet eine gewaltige Zunahme an Luftschadstoffen – für Lateinamerika und Afrika rechnet man bis zum Jahr 2020 mit einer Zunahme der Kohlendioxid-Emissionen um das Eineinhalb- bis Zweifache.

Das ist der Grund, warum eine nachhaltige, ökologisch aufgeklärte Energiepolitik eine globale Energiepolitik sein muß, strategisch und weitblickend angelegt, geeignet, die unterschiedlichen Chancen und Bedürfnisse in den verschiedenen Regionen dieser Erde angemessen zu berücksichtigen. Es gilt, in enger Abstimmung zwischen der Europäischen Union, Nordamerika, Japan, den G 8-Staaten, der OECD mit den

Schwellen- und Entwicklungsländern in Asien, Lateinamerika, Afrika tragfähige energiepolitische Strategien zu entwickeln, eingebettet in den Prozeß, der mit dem Rio-Gipfel für eine globale Umweltpolitik von 1992 angestoßen worden ist.

EINE AUSSCHLIESSLICH am nationalstaatlichen Rahmen ausgerichtet, an nationalen Prämissen und Bedingungen orientierte Energiepolitik ist heute ein Anachronismus. Nationale Energiepolitik muß zumindest mit globaler Energiepolitik kompatibel sein. Für uns gilt das in besonderem Maße: Nachhaltigkeit in Deutschland ist auf das Engste verknüpft mit Nachhaltigkeit in der übrigen Welt. Das eine ist ohne das andere nicht zu haben – aus mehreren Gründen.

1. Rohstoff- und Energieressourcen sind geographisch sehr ungleich verteilt. Deutschland ist ein ressourcenarmes, importabhängiges Land mit einem sehr begrenzten Anteil eigener Primärenergieproduktion. Also sind wir von den wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen anderer, meist außereuropäischer Länder abhängig, wie uns die Ölkrise der 70er Jahre drastisch vor Augen geführt haben. Eine gesicherte Energieversorgung ist für uns insofern längst keine nationale Angelegenheit mehr – und die „Nationale Kohlereserve“ ist eher etwas für Nostalgiker.

2. Die ökologische Herausforderung ist eine Herausforderung im Weltmaßstab. Der Umgang mit den natürlichen Ressourcen, den andere praktizieren, Art und Umfang ihres Energieverbrauchs, betrifft uns in den Auswirkungen ganz unmittelbar. Der Transport von Schadstoffen in der Luft oder im Wasser macht vor Grenzpfeilen nicht halt. Also müssen wir uns gemeinsam mit anderen um Nachhaltigkeit und Umweltverträglichkeit bemühen. Auf uns allein gestellt können wir nichts ausrichten. Es gibt keine ökologischen Inseln der Seligkeit auf diesem Globus, auch nicht in der Südsee.

Das ist es, was die Regierung Schröder hartnäckig nicht verstehen will. Mit nationalen Alleingängen in der Energie- und Umweltpolitik ist heute nichts gewonnen, auch nicht bei der Energiebesteuerung. Das haben Rot-Grün aber versucht, und genau deshalb ist es gescheitert. Ihre sog. Ökosteuer schwächt lediglich die Wettbewerbsposition deutscher Unternehmen und unseres Wirtschaftsstandorts schlechthin, Umwelteffekt gleich Null. Und was jetzt als zweite oder dritte Stufe diskutiert wird, das ist nichts weiter als eine saftige Benzinpreiserhöhung, bei der man sehen wird, wieviel bei den Lohnnebenkosten noch ankommen wird – am Ende nichts. So ruiniert man vernünftige Ansätze und überzeugt niemand.

3. Jede nachhaltige Energienutzung muß in Einklang stehen mit dem globalen Klimaschutzziel, und das besagt, daß die Konzentration der Treibhausgase in der Atmosphäre langfristig auf einem Niveau stabilisiert werden muß, die eine gefährliche anthropogene Störung des Klimasystems vermeidet. Für die energiebedingten CO₂-Emissionen bedeutet dies bspw., daß sie ab Mitte des nächsten Jahrhunderts um mindestens die Hälfte gesenkt werden müssen. Das ist nur zu erreichen, wenn die westlichen Industrieländer, also auch Deutschland, einen überproportionalen Beitrag zur Schadstoffreduzierung bringen, in der Größenordnung von 70 bis 80 %.

Das wiederum ist nur zu erreichen mit weiteren drastischen Einsparungen von Primärenergie, insbesondere durch Senkung des Strom- und Wärmeverbrauchs im Gebäudebereich, bei privaten Haushalten, im Kleingewerbe und in der Industrie sowie durch Verbrauchssenkungen bei Kraftfahrzeugen, mit Effizienzsteigerung in Kraftwerken, bei der Wärmeerzeugung, in industriellen Verfahren und Prozessen sowie im Verkehrsbereich. Einsparung und Effizienzsteigerung – das bedeutet nachhaltige Energiepolitik für Deutschland.

4. Ein spezifischer Beitrag, den wir Deutschen leisten können und weiter leisten müssen, kommt hinzu: der Beitrag von moderner umweltfreund-

licher Technologie im Bereich von Energiegewinnung und Energieverwertung. Beispiel Kernenergie, wo Deutschland ein beachtliches Maß an Know how und Fertigkeit in der Entwicklung neuer und noch sichererer Kraftwerkstypen besitzt, das nicht verloren gehen darf. Beispiel moderne Kohleverstromungstechnik, mit der Möglichkeit, Wirkungsgrade zu verbessern und Umweltbelastungen zu minimieren. Beispiel Kraft-Wärme-Kopplung. Beispiel Technologie der erneuerbaren Energien, von der Windkraft bis zur energetischen Verwertung von Biomasse. Alles Zukunftstechnologien, über die Deutschland verfügt, und die wir im Sinne einer globalen Nachhaltigkeitsstrategie nutzbar machen müssen. Und es werden Länder wie Deutschland sein, die für die Menschheit Szenarien des Übergangs entwerfen müssen von der Vorherrschaft der fossilen Brennstoffe zur Vorherrschaft der erneuerbaren Energieträger.

AUFGABE DER POLITIK in diesem Sinne ist es – so haben wir das in dem Diskussionspapier formuliert, das Ihnen vorliegt –, die Rahmenbedingungen so zu setzen, daß möglichst viele Handlungsfreiräume und technische Optionen zugunsten einer nachhaltigen Energiepolitik für Deutschland und weltweit offengehalten und weiterentwickelt werden können. Wir brauchen eine Energiepolitik, die von den verfügbaren Informationen über zukünftige Entwicklun-

gen und über die sich bietenden technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten einen wirkungsvollen Gebrauch macht und eine flexible Anpassung an neue Gegebenheiten erlaubt.

Dafür bietet eine im Grundsatz marktwirtschaftlich orientierte Energiepolitik nach wie vor die beste Gewähr. Vor allem bietet sie die Gewähr für eine vorurteilsfreie, vorbehaltlose Prüfung, Nutzung und Offenhaltung aller sich bietenden Möglichkeiten der Energieversorgung und deren Einsatz, gestaffelt nach Kriterien der Wirtschaftlichkeit und der Umweltverträglichkeit.

Der Staat muß hierfür die notwendigen, dauerhaft verlässlichen Rahmenbedingungen schaffen. Nur dann kann die Energiewirtschaft ihre Aufgabe erfüllen, nämlich die Sicherung einer nachhaltigen, d.h. in der Menge ausreichenden und bezahlbaren, umweltschonenden Energieversorgung für die überschaubare Zukunft. Man muß klar sehen: Die Energieversorgungsstruktur ist bis weit in das nächste Jahrhundert hinein aufgrund bereits erfolgter Investitionen weitgehend festgeschrieben. Eine abrupte energie- und umweltpolitische Neuorientierung würde den aufgebauten Kapitalstock mit Milliardenverlusten entwerten, und das können wir uns schlechterdings nicht leisten.

Deutschland wird auf absehbare Zeit auf einen ausgewogenen Energiemix

aller verfügbaren Energieträger nicht verzichten können. Einen Energiemix aus Steinkohle, Braunkohle, Mineralöl, Erdgas sowie erneuerbaren Energien. Ich schließe die Option auf die weitere Nutzung der Kernenergie ausdrücklich mit ein. Die Bedeutung der Kernenergie im Verhältnis zu den fossilen Energieträgern ist insbesondere im Hinblick auf eine nachhaltige Klimaschutzpolitik eher noch gestiegen. Als CO₂-freier Energieträger hilft Kernenergie allein in Deutschland jährlich 160 Millionen Tonnen Kohlendioxyd-Emissionen zu vermeiden, das entspricht in etwa dem gesamten CO₂-Ausstoß unseres Straßenverkehrs.

Insofern ist die von der Regierung Schröder verfolgte Ausstiegsstrategie gegenüber der Kernkraft mit dem Gedanken einer nachhaltigen Energie- und Umweltpolitik schlechterdings nicht zu vereinbaren. Im übrigen würden wir bei einer Stilllegung deutscher Kernkraftwerke, die unbestritten zu den sichersten der Welt gehören, jeglichen Einfluß auf die Erhöhung der Sicherheitsstandards von Kernkraftwerken weltweit verlieren. Das kann nicht gewollt sein.

Sicherlich sprechen derzeit nicht zuletzt ökonomische Gründe für einen verringerten Einsatz der Kernenergie, insbesondere sinkende Preise für alternative Energiequellen wie Öl und Erdgas. Auch unter dem Gesichtspunkt, daß die Investitionskosten für

den Neubau von Kernkraftwerken deutlich höher liegen als bspw. für den Neubau von Gas- und Dampfkraftwerken, besteht bei den Energieversorgungsunternehmen gegenwärtig kein Interesse an einem Neubau von Kernkraftwerken.

Aber dies ist kein Szenario für die Ewigkeit, wie selbst der Bundeswirtschaftsminister einräumt. Längerfristig ist es keineswegs ausgeschlossen, daß die Kernenergie zumal unter Umweltgesichtspunkten eine Renaissance erfährt. Auch der Club of Rome hat insofern seine Haltung zur Kernkraft neu formuliert: „Angesichts des schwerwiegenden Risikos einer Klimaänderung auf unserem Planeten müssen wir die technischen, wirtschaftlichen und sicherheitsrelevanten Vorbedingungen für ein großes Comeback der Kernenergie schaffen.“

So sehen das auch die Bürger in Deutschland. Nach Umfragen sind 70% der Menschen überzeugt, daß wir noch lange Zeit auf die Kernkraft angewiesen sein werden. Für einen überstürzten Ausstieg jedenfalls gibt es in Deutschland keine Mehrheit. Auch im Regierungslager scheinen die Stimmen der Vernunft langsam die Oberhand zu gewinnen, die einen Ausstieg allenfalls langfristig und im Konsens mit den Kraftwerksbetreibern anvisieren.

Der Bundeswirtschaftsminister hat darüber hinaus alle Parteien und

relevanten Verbände zu Energiekonsensgesprächen eingeladen, und die Union wird sich diesen Gesprächen nicht verweigern. Das Thema „nachhaltige Energiepolitik für Deutschland“ sollte in der Tat einvernehmlich und nicht im Streit behandelt werden. Eine Einschränkung gilt es freilich zu machen: Die Verantwortlichkeiten müssen klar definiert und klar zugeordnet bleiben. Konsensrunden dürfen nicht dazu mißbraucht werden, dem Zwang zu eigener verantwortlicher Entscheidung auszuweichen und Verantwortung abzuschieben. Nach vielen Pleiten und Pannen ist diese Neigung bei Rot-Grün zweifellos vorhanden – wir werden ihr nicht Vorschub leisten.

Wir müssen uns alle technisch, ökonomisch und ökologisch sinnvollen Optionen offenhalten. Wir können zukünftigen Generationen nicht vorschreiben, welche Techniken sie nutzen sollen und welche nicht. Es widerspräche dem Leitbild einer „nachhaltigen Entwicklung“, wenn wir uns heute einseitig auf bestimmte Energieträger und Techniken festlegen und damit andere ohne Not preisgeben und Chancen auf Innovationen verspielen würden.

Eine marktwirtschaftlich, an Prinzipien der Nachhaltigkeit orientierte Energiepolitik bietet die beste Basis, um eine Brücke zu schlagen zwischen den Bedürfnissen der heutigen und denen der zukünftigen Generationen,

und gleichzeitig Spielraum zu eröffnen für weiteres Wachstum und zunehmenden Wohlstand. Energieversorgung, Energiepolitik ist allerdings ein Thema, das über ökonomische Aspekte weit hinausreicht, gesellschaftliche Wertvorstellungen und Leitbilder berührt. Wir brauchen deshalb über den marktwirtschaftlich orientierten Rahmen hinaus einen gesellschaftlichen Konsens in grundlegenden Fragen der Energiepolitik. Das hat die Diskussion um die Nutzung der Kernkraft gezeigt.

Niemand kann Politikern und Fachleuten die Verantwortung für Entscheidungen und die Aufgabe der

Abschätzung von Folgen abnehmen. Aber wir brauchen ein gesellschaftliches Klima, das solche Entscheidungen trägt. Diesen Konsens müssen wir im Dialog zwischen Fachleuten, Politikern und den relevanten gesellschaftlichen Gruppen erarbeiten.

Mit ihrem „Energiedialog Deutschland“, mit dem heutigen Energiekongreß, unternimmt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen wichtigen Schritt in diese Richtung. Ein Schritt, der helfen soll, die Konturen einer „nachhaltigen Energiepolitik für Deutschland“ sichtbar zu machen und den dafür notwendigen Konsens zu begründen.

Energiedialog Deutschland

Wie muß die Energiepolitik für das 21. Jahrhundert gestaltet sein, damit eine umweltschonende, effiziente Energieversorgung zu international wettbewerbsfähigen Preisen in unserem Land für heutige und künftige Generationen möglich bleibt?

Die Fragen und damit auch im Zusammenhang stehende Ängste in der deutschen Öffentlichkeit verdienen eine ehrliche Auseinandersetzung und eine zukunftsgerichtete Antwort der Politik. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion stellt sich der Verantwortung. Wir wollen uns mit einem umfassenden Energiekonzept in die Diskussion um die Energieversorgung einschalten. Bei der Entwicklung unseres Konzepts einer nachhaltigen Energiepolitik für Deutschland suchen wir den Dialog – mit Wissenschaft und Wirtschaft, Verbänden und dem Bürger.

Bereits im Vorfeld des hier vorliegenden Diskussionspapiers wurden Fragen und Positionen rund um das Thema Energie mit Ländervertretern sowie mit Experten aus Wirtschaft und Wissenschaft erörtert. Zentrales Ergebnis der Gespräche insbesondere mit Wirtschaft und Wissenschaft war, daß es sich um ein ehrgeiziges und lohnenswertes Ziel der Union handelt, ein umfassendes Energie-

konzept vorzulegen, das zugleich eine Antwort auf die von der rot-grünen Bundesregierung verursachte, ideologisch geprägte und konzeptionslose Energiedebatte und die aufgeworfene Frage eines staatlich verordneten Ausstiegs aus der Kernenergie gibt.

Die bisherige Diskussion hat gezeigt, daß Deutschland nicht ohne wirtschaftlichen und politischen Schaden aus der Kernenergie aussteigen kann. Die von der rot-grünen Regierung aufgebrachte Diskussion wird einhellig bereits als schädlich empfunden. Scharfe Kritik besteht insbesondere daran, daß die Bundesregierung die Debatte rein ideologisch und konzeptionslos führt.

Diskussionspapier der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag zur Energiepolitik in Deutschland

Mit einem staatlich verordneten Ausstieg aus der Kernenergie würde erstmals eine Bundesregierung einen ganzen Technologiezweig verbieten. Hinzu kommt, daß die Bundesregierung in der öffentlichen Diskussion positiv besetzte Begriffe mißbräuchlich für ihre Ziele einsetzt. Beispiel: Das Leitbild der nachhalti-

gen Entwicklung wird – naiv und simpel – mit der Nutzung erneuerbarer Energien gleichgesetzt; die Ökosteuer wird als wichtiger Schritt in den Aufstieg aus der Kernenergie gerühmt. Ebenso werden objektiv widerlegbare Sachverhalte von der rot-grünen Regierung nicht richtiggestellt, sondern, im Gegenteil, für ihre Ziele instrumentalisiert. Beispiele: Die Kernenergie sei wegen ihrer großen Sicherheitsrisiken nicht verantwortlich; das Entsorgungskonzept in der Kernenergie sei fachlich gescheitert. Diese Behauptungen sind falsch.

Die bisherigen Gespräche haben vor allem auch deutlich gemacht, daß es bei einem zukunftsgerichteten Energiekonzept nicht um ein Konzept mit langfristigen Aussagen über den konkreten Einsatz einzelner Energieträger und Technologien geht. Darüber zu entscheiden, ist Aufgabe von Wirtschaft und Forschung. Die Aufgabe der Politik liegt darin, langfristig sichere Rahmenbedingungen zu setzen, damit möglichst viele energiepolitische Handlungsfreiräume und technische Optionen für die Energieversorgung in Deutschland offengehalten und weiterentwickelt werden.

Wir brauchen dafür keine Energie- wende und keine Revolution. Aus unserer Sicht wird Deutschland auch in absehbarer Zukunft nicht auf einen ausgewogenen Energiemix aller verfügbaren Energieträger verzichten können – dies schließt die Option

auf die Nutzung der Kernenergie und für die Entwicklung neuer und noch sicherer Kernkraftwerkstypen ein. Nur so werden wir auch in Zukunft die Chancen bestmöglich nutzen können, die sich unserem Land aus Forschung und Entwicklung, Wettbewerb und Globalisierung bieten.

Vor welchen Anforderungen stehen wir?

● Energiepolitik muß verstärkt dem **Leitbild der nachhaltigen Entwicklung** Rechnung tragen.

An der Schwelle zum 21. Jahrhundert verbrauchen wir weltweit mehr Energie als je zuvor. Der Energiebedarf wird in Zukunft – auch in Deutschland – weiter ansteigen. Die gegenwärtige Form der Energienutzung widerspricht dabei im globalen Maßstab gleich mehreren Regeln des nachhaltigen Wirtschaftens. Insbesondere der hohe Verbrauch fossiler Energieträger und die damit verbundenen hohen Emissionen klimarelevanter Gase beeinträchtigen die Lebensgrundlagen künftiger Generationen.

Der von der Wissenschaft erwartete Klimawandel wird zu einem wesentlichen Teil durch die Freisetzung von Kohlendioxid (CO₂) bei der Verbrennung fossiler Energieträger verursacht. Nach Einschätzung der Enquête-Kommission „Schutz der Erdatmosphäre“ des 11. Deutschen Bundestages ist in den Industrieländern

eine CO₂-Minderung um etwa 70 bis 80 Prozent bis zum Jahr 2050 notwendig, um Klimaänderungen und damit verbundenen gravierenden Folgeschäden wirksam begegnen zu können.

● Energiepolitik muß vor dem Hintergrund der zunehmenden **Globalisierung der Märkte** und des immer stärkeren Wettbewerbs um Investitionen und Arbeitsplätze ihren Beitrag zur internationalen Konkurrenzfähigkeit des Standorts Deutschland leisten. Angesichts der Schlüsselfunktion von Energie für Wirtschaft und Gesellschaft ist klar: Die Energie- und Stromversorgung hat hier entscheidende Bedeutung.

● Energiepolitik muß sich an der **Liberalisierung der europäischen Energiemärkte** ausrichten und ihre Instrumente entsprechend anpassen.

Das neue Energiewirtschaftsgesetz hat die bisherigen Monopole auf dem Energiesektor beseitigt und die Weichen für den Wettbewerb gestellt. Für Energieerzeuger und Energieverbraucher ergeben sich daraus vielfältige neue Chancen. Die durch die Liberalisierung veränderten Rahmenbedingungen setzen der Politik Grenzen. Stärker denn je wird in Zukunft der Markt – das heißt Energieproduzenten, Energieversorgungsunternehmen, Strombörsen, Energiehändler und Energieverbraucher – darüber entscheiden, wie die Energieversorgung in Deutschland aussieht. Insbe-

sondere sind die Auswirkungen des liberalisierten Energiemarktes auf die Kommunen zu beachten.

Die Aufgabe des Staates liegt zunehmend darin, den Wettbewerb im europäischen Strommarkt sowohl national als auch international zu sichern und Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden. Der Staat bleibt gefordert, langfristig verlässliche Rahmenbedingungen zu setzen; seine Energiepolitik muß dabei marktkonform gestaltet sein.

An welchen Zielen muß sich Energiepolitik orientieren?

Energiepolitik muß in unserer marktwirtschaftlichen Ordnung vorrangig die Ziele

- Versorgungssicherheit
- Wirtschaftlichkeit
- Umweltverträglichkeit
- Ressourcenschonung

verfolgen und diese untereinander in Einklang bringen. Die Bevorzugung einzelner Ziele zu Lasten anderer muß dabei vermieden werden.

Versorgungssicherheit ist die technisch sichere und jederzeit quantitativ und qualitativ ausreichende Energieversorgung für Wirtschaft und jeden Bürger.

Deutschland verfügt über nur begrenzte, wirtschaftlich gewinnbare heimische Energierohstoffquellen.

Versorgungssicherheit kann aus unserer Sicht nur gewährleistet werden durch eine Mischung aller wirtschaftlich verfügbaren und umweltverträglich nutzbaren heimischen und importierten Energieträger sowie eine Diversifizierung ausländischer Bezugsquellen als Gewähr gegen krisenbedingte Versorgungsstörungen.

Wirtschaftlichkeit ist die Gewährleistung der Energieversorgung zu volkswirtschaftlich langfristig günstigen Kosten.

Die Wirtschaftlichkeit der Energieversorgung hat aufgrund der zunehmenden Globalisierung der Märkte als Wettbewerbsfaktor für Deutschland entscheidende Bedeutung.

Umweltverträglichkeit ist die bestmögliche Vermeidung von Umweltschäden bei Gewinnung, Umwandlung, Transport, Verteilung und Verbrauch von Energie.

Die derzeitige Energieversorgung ist eine der wesentlichen Quellen von Umweltbelastungen (Emission klassischer Luftschadstoffe, Wasser- und Bodenbelastungen) und die Verbrennung fossiler Energieträger Hauptursache der klimarelevanten CO₂-Emissionen. Energiebedingte Umweltbelastungen müssen auf ein Maß begrenzt und rückgeführt werden, das die Regenerations- und Anpassungsmöglichkeiten natürlicher Stoffkreisläufe nicht übersteigt.

Ressourcenschonung ist die rationelle Nutzung aller volkswirtschaftli-

chen Produktionsfaktoren zum Wohle der heutigen wie der nachfolgenden Generationen.

Dies betrifft den sparsamen Umgang mit endlichen Rohstoffenergiequellen ebenso wie mit menschlicher Arbeit und Kapital.

Was ist die Grundlage unserer Energieversorgung?

Die heute sichere Energieversorgung in Deutschland beruht auf einem ausgewogenen Energiemix aus Steinkohle, Braunkohle, Mineralöl, Erdgas, Kernenergie sowie erneuerbaren Energien. Dies ist jedoch nicht gleichbedeutend mit im Zeitablauf unveränderten Energieträgeranteilen.

Fossile Energieträger: Sie werden in überschaubarer Zukunft weiterhin das Rückgrat der Versorgung bilden.

Steinkohle aus heimischer Förderung und zunehmend aus Importen ist ein langfristig verfügbarer Energieträger. Der heimische Steinkohlenbergbau hat wichtige regionale und gesellschaftspolitische Bedeutung. Der Abbau von Steinkohle ist in Deutschland mit sehr hohen Förderkosten verbunden. Die heimische Steinkohle ist dadurch auf dem Weltmarkt nicht wettbewerbsfähig; sie ist auf Subventionen der öffentlichen Haushalte angewiesen.

Braunkohle ist die einzige heimische Primärenergiequelle mit nennenswer-

ter Verfügbarkeit, die wirtschaftlich und damit subventionsfrei gewinnbar und wettbewerbsfähig ist. Durch die Nutzung der Braunkohle für die Energieversorgung werden Tausende von Arbeitsplätzen im rheinischen Revier und in den neuen Ländern gesichert.

Sowohl bei der Braunkohlen- als auch bei der Steinkohlenverstromung sind in den letzten Jahren Techniken entwickelt worden, die energetische Wirkungsgrade von deutlich über 40% gestatten und im Fall von Kraft-Wärme-Kopplungen noch erheblich erhöht werden können. Dadurch konnte die Klimawirksamkeit dieser Rohstoffe herabgesetzt werden. Die Investitionen in drei neue Großkraftwerke in den neuen Ländern und das Kraftwerkserneuerungsprogramm im rheinischen Revier bringen erhebliche ökologische Vorteile und sichern für mehrere Jahrzehnte heimische Wertschöpfung von mehreren Milliarden Mark pro Jahr.

Mineralöl ist mit einem Anteil von knapp 40% am Primärenergieverbrauch der wichtigste Energieträger in Deutschland. Es ist nicht nur subventionsfrei, sondern auch eine wesentliche Steuerquelle. Wegen der hohen Abhängigkeit von Lieferungen aus politisch sensiblen Regionen ist auch zukünftig eine vorausschauende, international abgestimmte Krisenvorsorge notwendig. Ein sparsamer Umgang mit Mineralöl ist auch unter Klimaschutz Gesichtspunkten geboten.

Erdgas hat in den letzten Jahren zunehmende Bedeutung bei der Verstromung gewonnen, da moderne Gaskraftwerke sich durch vergleichsweise niedrige Investitionskosten und hohe Wirkungsgrade auszeichnen. Unter den fossilen Energieträgern hat Erdgas die geringsten spezifischen CO₂-Emissionen. Dem aus Gründen des Klimaschutzes vielleicht wünschenswerten stärkeren Einsatz von Erdgas in der Verstromung sind allerdings Grenzen gesetzt. Die derzeit historisch niedrigen Erdgaspreise dürften bei erhöhter Nachfrage deutlich steigen und damit auch den Wärmemarkt belasten. Hinzu kommen Risiken aus der starken Importabhängigkeit beim Erdgas.

Erneuerbare Energien: Ihr Anteil am Primärenergieverbrauch ist noch gering. Er liegt heute bei rund 2%. Deutlich höher liegt – nicht zuletzt durch die Subventionen aus dem Stromeinspeisungsgesetz – mit gut 5% ihr Anteil an der Gesamtstromerzeugung; davon entfallen 4,2% auf Wasserkraft, 0,45% auf Windkraft, 0,4% auf Abfallverbrennung, 0,17% auf Biomasse und 0,001% auf Photovoltaik. Wir wollen den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromversorgung bis zum Jahr 2010 verdoppeln.

Bei der Diskussion um den Einsatz regenerativer Energien ist generell zu berücksichtigen: Die Wachstumspotentiale in bezug auf die Wasserkraft

und die Windkraft sind noch begrenzt ausbaubar und bei der Photovoltaik allenfalls eine längerfristige Option. Hier liegt eher eine Chance im Export.

Bei der Biomasse (Holz, Stroh, Gülle, Biogas usw.) sind die Hoffnungen derzeit besonders groß, daß sie in Zukunft einen zusätzlichen nennenswerten Beitrag zur Stromerzeugung – und damit auch zum Klimaschutz – leisten kann. Sie hat die Wirtschaftlichkeitsschwelle annähernd erreicht. Weitere Fortschritte in diesem Bereich kämen auch der Landwirtschaft zugute. Sie würde um einen zukunfts-fähigen und zugleich umweltfreundlichen Erwerbszweig erweitert.

Kernenergie: Die Nutzung von Kernenergie erbringt weltweit – nicht nur in Deutschland – einen bedeutsamen Beitrag zur umweltfreundlichen, preiswerten und sicheren Energieversorgung. Sie ist weiterhin wettbewerbsfähig.

Mit einem Anteil von derzeit 36% ist die Kernenergie vor Braun- und Steinkohle der bedeutendste Energieträger unserer öffentlichen Stromversorgung. In der Grundlastproduktion, der Stromerzeugung rund um die Uhr, liegt der Anteil zwischen 60% bis 70%. Die Kernenergie ist nach wie vor der kostengünstigste Energieträger der deutschen Stromversorgung, insbesondere dann, wenn die Anlagen bereits weitgehend abgeschrieben sind.

Die Stromerzeugungskosten deutscher Kernkraftwerke liegen einschließlich der Kosten für Entsorgung und Abriß nach der vollen betriebswirtschaftlichen Nutzung weiterhin unter den günstigsten Alternativen (z.B. neue Gaskraftwerke). Kernkraftwerke und fossile Kraftwerke unterscheiden sie sich deutlich in ihrer Kostenstruktur. Die Bedeutung von Investitions- und Brennstoffkosten ist genau entgegengesetzt: So liegt der Anteil der Brennstoffkosten an der Energieerzeugung aus Uran bei rund 20 Prozent, bei Gas dagegen bei rund 75 Prozent, während es sich bei den Investitionskosten genau umgekehrt verhält. Dies hat erhebliche Auswirkungen auf die langfristige Kalkulation der Strompreise. Es verdeutlicht einmal mehr die Anfälligkeit der Strompreise für Turbulenzen auf den Weltenergiemärkten bei einem Ausstieg aus der Kernenergie.

Ein Ausstieg Deutschlands aus der Kernenergie im nationalen Alleingang würde zumindest kurzfristig zu einem deutlichen Anstieg der Strompreise und damit verbunden zu einer nachhaltigen schweren Beeinträchtigung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen in Deutschland führen. Besonders betroffen wären stromintensive Betriebe, bei denen die Stromkosten einen Anteil von teilweise über 50 Prozent an den Produktionskosten haben (Stahl, Chemie, Papier, Glas, NE-Metalle, Steine und Erden, Zement). In der Kernenergiebranche

haben derzeit rund 38.000 Menschen einen Arbeitsplatz. Diese würden bei einem Ausstieg direkt verloren gehen. Hinzu kämen weitere Arbeitsplatzverluste in der gesamten Energiebranche. Auch in anderen Branchen wären Arbeitsplätze in Deutschland massiv gefährdet. Steigende Strompreise würden zu verstärkten Produktionseinschränkungen im Inland und zu Produktionsverlagerungen ins Ausland führen. Experten sprechen von ca. 150.000 Arbeitsplätzen, die in Deutschland verloren gehen würden.

Die Kerntechnik ist eine High-Tech-Branche mit hochinteressanten Zukunftsperspektiven. Die weltweit steigende Zahl von Kernkraftwerken bedeutet einen wachsenden Markt auf den Sektoren Kraftwerksbau, technischer Nachrüstung und Serviceleistungen. Weitreichende Technologiefortschritte sind in Zukunft möglich. Deutschland nimmt auf dem Gebiet der kerntechnischen Forschung und Entwicklung weltweit eine Spitzenstellung ein, die bei einem Ausstieg aus der Kernenergie nicht gehalten werden könnte. Die kerntechnische Industrie würde mittelfristig aus Deutschland abwandern; deutsche Ingenieure, Wissenschaftler und Studenten, die in der Nukleartechnik arbeiten und forschen wollen, wären gezwungen, ins Ausland zu gehen. Dies wäre ein schwerer Verlust für den Standort Deutschland.

Die Bedeutung von Kernenergie im Verhältnis zu fossilen Energien ist insbesondere im Hinblick auf eine konsequente globale Klimaschutzpolitik gestiegen. Sie trägt wesentlich dazu bei, in der Stromerzeugung den Ausstoß von Kohlendioxid einzudämmen. Kernenergie vermeidet als CO₂-freier Energieträger derzeit rund 160 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen pro Jahr in Deutschland. Das entspricht in etwa dem jährlichen CO₂-Ausstoß des gesamten Straßenverkehrs in unserem Land. Sie leistet aber auch gleichermaßen einen Beitrag zur Eindämmung der klassischen Luftschadstoffe. Jährlich werden bis zu 100.000 Tonnen Schwefeldioxid, 120.000 Tonnen Stickoxide und 6.000 Tonnen Staub durch den Einsatz der Kernenergie in der Stromerzeugung vermieden.

Ein Ausstieg aus der Kernenergie im nationalen Alleingang würde es für Deutschland unmöglich machen, das deutsche CO₂-Minderungsziel zu erreichen. Auch die neue Bundesregierung hat sich ausdrücklich dazu bekannt, die CO₂-Emissionen bis 2000 um 25% gegenüber 1990 zu reduzieren. Deutschland könnte auch seinen europäischen Beitrag zur Senkung der CO₂-Emissionen nicht leisten. Die Zielvorgabe für die EU lautet, die CO₂-Emissionen um 8% bis zum Jahr 2008 bzw. 2012 zu senken. Deutschland verursacht aufgrund der noch stark auf Stein- und Braunkohle basierenden Energiever-

sorgung heute ca. ein Drittel der CO₂-Emissionen der Europäischen Union. Dies unterstreicht, daß ohne einen substantiellen Beitrag von deutscher Seite das Klimaziel in Europa insgesamt gefährdet ist. Mit einem Ausstieg aus der Kernenergie würde Deutschland keinen Beitrag leisten, Klimaveränderungen zu vermeiden, sondern, im Gegenteil, den Treibhauseffekt noch forcieren.

Unter Sicherheitsgesichtspunkten wäre eine einseitiger Ausstieg Deutschlands aus der Kernenergie mit mehr Nachteilen als Vorteilen verbunden. Es ginge die Möglichkeit verloren, die weltweit anerkannte deutsche Sicherheitstechnik in anderen Ländern einzubringen. Die 19 deutschen Kernkraftwerke gehören erwiesenermaßen zu den sichersten und zuverlässigsten unter den mehr als 400 Kernkraftwerken in der Welt. Erfahrungen aus 37 Jahren sicheren Anlagenbetriebs und deutscher Sicherheitstechnik waren bislang Schrittmacher in der internationalen Sicherheitsdiskussion. Ein Land ohne Kernkraftwerke würde außerdem in Gremien wie der Internationalen Atomenergiebehörde kein Mitspracherecht mehr haben und somit keinen Einfluß mehr auf die sicherheitstechnischen Verbesserungen, insbesondere der Kernkraftwerke in Mittel- und Osteuropa, nehmen können.

Politisch macht es für uns keinen Sinn, die friedliche Nutzung der

Kernenergie durch Gesetz zu verbieten oder einzuschränken. Wir lehnen die Vorhaben der Bundesregierung in dieser Richtung ab.

Thesen für eine nachhaltige Energiepolitik für Deutschland – wo liegen unsere Handlungsfelder?

- 1.** An der Schwelle zum 21. Jahrhundert wird weltweit mehr Energie verbraucht als je zuvor. Besonders der Stromverbrauch wird deutlich ansteigen. Die Versorgung der wachsenden Weltbevölkerung mit ausreichender und bezahlbarer Energie unter bestmöglicher Schonung der Umwelt und damit unter Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen ist das vorrangige Gebot für die Zukunft.
- 2.** Das auf der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung (UNCED) 1992 in Rio de Janeiro international vereinbarte Ziel der „Nachhaltigen Entwicklung“ muß Leitgedanke für die Energiepolitik auch in Deutschland sein. Eine dauerhaft wirtschafts- und umweltgerechte Energiepolitik für Deutschland leistet zugleich einen Beitrag zu einer entsprechend gestalteten Energieversorgung in Europa und der Welt insgesamt. Nachhaltige Energiepolitik bedeutet Einsparung von Primärenergie, insbesondere durch Senkung des Strom- und Wärmever-

brauchs im Gebäudebereich bei privaten Haushalten, im Kleingewerbe und in der Industrie sowie durch Verbrauchssenkungen bei Kraftfahrzeugen. Nachhaltige Energiepolitik bedeutet Effizienzsteigerung in den Kraftwerken, bei der Wärmeerzeugung, bei industriellen Verfahren und Prozessen sowie im Verkehrsbereich. Nachhaltige Energiepolitik bedeutet Stoffstromreduktion. Nur in dieser Kombination läßt sich das nationale CO₂-Minderungsziel bis 2005 erreichen (minus 25% gegenüber 1990).

Deutschland bleibt auch aufgerufen, im Rahmen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit die Entwicklungs-, Schwellen- und Transformationsländer beim Bemühen um Ressourcen- und Klimaschutz und um die Nachhaltigkeit ihrer Entwicklung nach Kräften zu unterstützen.

3. Deutschland hat eine hervorragend ausgebaute Infrastruktur zur Energieversorgung. Die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch wurde erreicht. Versorgungsrisiken sind derzeit nicht zu erkennen. Es besteht von daher keine Notwendigkeit, heute über den Bau von Großkraftwerken zu entscheiden. Gleichwohl stehen Entscheidungen über den Neubau von zentralen und dezentralen Kraftwerken im Laufe des kommenden Jahrzehnts an. Bereits kurzfristig sollte die Bundesrepublik Deutschland bereit sein, sich am Bau des EPR

(European Pressurized Water Reactor) zu beteiligen. Wir brauchen offene Märkte, die eine Entscheidung über den Einsatz von Technologien den Unternehmen und Verbrauchern überlassen. Die Politik muß die Rahmenbedingungen so setzen, daß dabei gesamtwirtschaftlich unerwünschte Ergebnisse vermieden werden. Die Zeit bis zur Entscheidung über den Ersatz von Großkraftwerken können wir nutzen, mit dem Energiedialog Deutschland politische Konfrontationen abzubauen und einen längerfristig tragfähigen Konsens zu finden.

4. Das neue Energiewirtschaftsgesetz hat seine Bewährungsprobe bestanden und die Öffnung der Märkte mit sinkenden Preisen für alle Verbraucher bewirkt. Novellierungsbedarf besteht nur bei der Umsetzung der europäischen Gasrichtlinie. Die derzeit laufenden Gespräche der Verbände zur Neufassung der freiwilligen Verbändevereinbarung beim Strom und zur Vereinbarung beim Gas müssen diskriminierungsfreien Netzzugang garantieren. Mit der Novellierung der Konzessionsabgabenverordnung muß die Finanzkraft der Kommunen erhalten bleiben.

5. Die Anstrengungen für eine sparsame und rationelle Energieversorgung müssen weiter vorangetrieben und verstärkt werden: Durch rationellere Energieerzeugung und -verwendung wurden in Deutschland in der

Vergangenheit bereits große Erfolge erzielt. Die größten Energieeinsparpotentiale liegen nach wie vor in der Erzeugung und Nutzung von Wärme – insbesondere in der energetischen Sanierung von Gebäuden.

6. Die Sicherung der Energieversorgung bei gleichzeitiger Verwirklichung von Umwelt- und Klimaschutzziele kann langfristig nur gelingen, wenn Energieforschung und Entwicklung neuer Energietechniken zu deutlichen Fortschritten führen. Dabei sind Produkt- und Prozeßinnovationen auf allen Stufen der Energiebereitstellungskette notwendig. Ebenso gilt es, alle Optionen zu verfolgen, die erfolgversprechende neue Wege erkunden oder bereits bekannte Wege für die jetzige oder künftige Energieversorgung darstellen. Beispielhaft sind folgende Stichpunkte zu nennen: Kernfusion, Entwicklung neuer Kraftwerkstypen (EPR; HTR), Brennstoffzelle, Kraft-Wärme-Kopplung, Biomasse, Geothermie.

7. Der bestehende Energiemix, der zugleich ein Risikomix im Hinblick auf Umwelt-, Versorgungs- und politische Risiken ist, umfaßt in Deutschland Kohle, Gas, Öl und Kernenergie. Davon profitieren auch und gerade die neuen Länder. Dieser Energiemix ist das sichere Fundament, auf dem wir Forschung, Entwicklung, Energiesparen und den Einsatz erneuerbarer Energien in innovativer, technisch-dynamischer und wettbewerbsorien-

tierter Form im Sinne der Verantwortung für kommende Generationen fördern können.

8. Die hochentwickelten, dichtbesiedelten Länder Europas waren bisher Vorreiter bei der Entwicklung fehlerverzeihender Sicherheitssysteme zur Vermeidung von Kernschmelzen und Umsetzung neuester Kernenergietechnik. Deutschland muß seine globale Verantwortung, gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa, hier weiter wahrnehmen. Es muß das Ziel sein, den deutschen Sicherheitsmaßstab als Schrittmacher einer starken europäischen Sicherheitspraxis und damit als Motor auch für die allgemeine internationale Entwicklung der nuklearen Sicherheit einzusetzen.

9. Die Entsorgung radioaktiver Abfälle ist Bestandteil der Kernenergienutzung und eine der wichtigsten Voraussetzungen für ihre Akzeptanz. Wir fordern deshalb, die vorhandenen Zwischenlager in Ahaus und Gorleben zu nutzen, die Erkundungsarbeiten am Endlager Gorleben zu Ende zu führen sowie den bei der SPD-Landesregierung in Hannover vorliegenden genehmigungsreifen Planfeststellungsbeschluß für Schacht Konrad endlich zu vollziehen. Darüber hinaus müssen auch die Möglichkeiten der Wiederaufarbeitung abgebrannter Kernbrennstäbe und damit die Kreislaufführung von radioaktivem

Brennmaterial zur Minderung des Aufkommens an endzulagerndem Abfall verstärkt genutzt werden.

10. Vor dem Hintergrund der Liberalisierung der europäischen Energiemärkte einerseits und unseren politischen Zielen für die Energieversorgung andererseits muß eine offene und ehrliche Diskussion über die „richtigen“ marktwirtschaftlichen Instrumente geführt werden. Diese müssen Wirtschaft und Verbrauchern entsprechende Anreize setzen. Sie müssen die Grenzen und Möglichkeiten nationaler Alleingänge berücksichtigen. Zertifikatslösungen müs-

sen ebenso wie abgabenrechtliche Möglichkeiten und Anreize erörtert werden. Auch bestehende gesetzliche Bestimmungen und Fördertatbestände gehören ohne Tabus auf den Prüfstand.

Die von Rot-Grün mißbräuchlich als Öko-Steuer titulierte Maßnahme ist ein Beispiel, wie man es nicht machen darf. Die auch ordnungspolitisch und verfassungsrechtlich zweifelhafte Lösung ist ökonomisch und ökologisch kontraproduktiv. Dies wird uns gleichwohl nicht davon abhalten, ökologisch und ökonomisch wirkungsvolle Modelle zu prüfen.